

# GERADE. RICHTIG.

## 18. September: CDU wählen

### Das sagt die CDU zum Thema:

#### Lebens- und Versorgungsqualität für die ältere Generation

Dass wir immer älter werden, ist ein großes Glück. Auch der Zugewinn an gesunden Jahren wächst stetig. Medizin und Lebensstil haben hierzu vieles beigetragen. „Alter“ bietet viele Chancen und stellt die Politik vor neue Gestaltungsaufgaben. Nach wie vor ist aber unser Alltagsleben am gesunden und eher jungen Menschen orientiert. Um nicht von den Entwicklungen der nächsten 20 Jahre überrollt zu werden, müssen wir heute für eine Gesellschaft planen, in der die ältere Generation zahlenmäßig stärker wird. Wir treten dafür ein, dass

- mehr Projekte des generationenübergreifenden Zusammenlebens gefördert und ausgezeichnet werden,
- die Selbständigkeit der älteren Menschen im Wohnumfeld erhalten wird. Dies kann z. B. dadurch erreicht werden, dass Seniorenwohngemeinschaften und andere Wohnmodelle gefördert werden und gezielt dafür geworben wird,
- im Rahmen der Stadtplanung verstärkt auf eine wohnungsnaher Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten geachtet wird. Dies gilt insbesondere für die südlichen Teile unseres Bezirks,
- die bislang höchst erfolgreiche Seniorenpolitik mit einer umfangreichen Angebotspalette für alle Altersgruppen von Senioren uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt. Hierzu gehören z. B. spezielle Bildungsangebote der Volkshochschulen für Ältere sowie die beliebten Seniorenfreizeitstätten im Bezirk,



**BERND KRÖMER.**  
Bezirksbürgermeister  
für Tempelhof-Schöneberg.

**CDU**

- Verwaltung und Wirtschaft sich im Bezirk darauf verständigen, wie das reichhaltige Erfahrungswissen von Älteren noch effizienter in Unternehmen eingebracht und genutzt werden kann. Auch karitative und soziale Einrichtungen sind hier gefordert, denn auch sie können von den „jungen Alten“ profitieren,
- das Seniorenmitwirkungsgesetz endlich ernst genommen und auch umgesetzt wird. Hierzu gehört auch, dass verbindliche Vorgaben eingehalten werden.

Das Thema „Pflege“ bzw. „Pflegebedürftigkeit“ wird das Zukunftsthema der nächsten 20 bis 30 Jahre. Dies gilt für Deutschland, für Berlin und auch für unseren Bezirk! Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich in den nächsten 40 Jahren in Deutschland auf etwa 4,5 Mio. verdoppeln. Klar ist: Wir brauchen noch mehr Angebote in der ambulanten Pflege, denn der Trend geht eindeutig dahin, dass Pflegebedürftige lieber und länger zuhause gepflegt und versorgt werden wollen. Die Rahmenbedingungen hierfür setzt die Bundespolitik durch ihre Gesetzgebung. Im Bezirk müssen wir darauf achten, dass

- es bei den Angeboten keine Doppelstrukturen gibt, wo Staat und Privat in Konkurrenz zueinander treten. Angebote des Bezirks sollen nur ergänzend sein. Beratungsstellen, vor allem Pflegestützpunkte, bringen nur dort etwas, wo andere Angebote (z.B. Pflegestationen) rar sind. Da unser Bezirk heute und auf mittlere Sicht über eine gute und auskömmliche Angebotsstruktur verfügt, sollten auch künftig zwei, maximal drei Pflegestützpunkte im Bezirk ausreichend sein.
- es wichtig ist, mit den relativ geringen finanziellen Mitteln, die das Bezirksamt (Sozialamt) ergänzend zur Pflegeversicherung zur Verfügung steht, effizient umgegangen wird. Missbrauch und Betrug sind auf schärfste zu bekämpfen, denn es gilt, dass Leistungen nur derjenige in Anspruch nehmen darf und soll, der auch bedürftig ist.
- Missbrauch und Betrug bei der Pflege schonungslos aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt wird.